



HESSISCHER LANDTAG

12. 10. 2016

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend erfolgreiche Maßnahmen in Hessen zur dauerhaften Vermittlung in den Arbeitsmarkt und zur Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass auch in einer Gesellschaft mit hohen Sozialstandards weiterhin mit präventiven Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung und für Chancengerechtigkeit gearbeitet werden muss. Wirkungsvolle Sozialpolitik unterstützt die Menschen in ihrer Selbstbestimmung, in ihren eigenen Anstrengungen und gibt ihnen Hilfe zur Selbsthilfe. Gerechte Sozialpolitik unterstützt die, die sich in sozialen Problemlagen befinden, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht.
2. Der Landtag ist der Auffassung, dass die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt das Risiko von Armutsgefährdung und relativer Einkommensarmut verhindern kann. Der Landtag betont, dass Hessen hierfür mit einem stabilen und aufnahmefähigen Arbeitsmarkt, funktionsfähigen Strukturen und einer ausgeprägten Vernetzung der Arbeits- und Ausbildungsmarktpartner über sehr gute Voraussetzungen verfügt. Der Landtag stellt fest, dass die Zahl der Arbeitslosen in Hessen im September 2016 auf den niedrigsten Stand seit 24 Jahren sank und weiterhin viele gemeldete offene Stellen zur Verfügung stehen. Dies bestätigt die bisherige stabile Entwicklung und eröffnet vielen Menschen neue Chancen und Perspektiven. Der Landtag bedauert, dass trotz der positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt auch in Hessen ein Teil der Langzeitarbeitslosen bisher wenig von den guten wirtschaftlichen Entwicklungen insgesamt profitiert und auf Leistungen des SGB II angewiesen ist. Der Landtag begrüßt, dass die Leistungen des SGB II für alle Empfängerinnen und Empfänger regelmäßig überprüft werden.
3. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung vielfältige und wirksame Instrumente für die aktive Teilhabe am Arbeitsmarkt entwickelt hat und Maßnahmen für die Bekämpfung von Armut fördert. Dazu wurden in der laufenden Legislaturperiode neben den bereits bestehenden Angeboten unter anderem folgende Maßnahmen neu entwickelt:
 - Für Langzeitarbeitslose wurde das neu initiierte Förderangebot "Kompetenzen entwickeln - Perspektiven ermöglichen" realisiert. Aufgrund individueller Probleme haben Langzeitarbeitslose wenig Aussicht, eine Festanstellung zu finden, und sind auf öffentliche Leistungen angewiesen. Das Langzeitarbeitslosenprogramm hilft dabei, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen und sich gleichzeitig praxisnah zu qualifizieren, um den langfristigen Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen.
 - Mit sozialen Hilfen für die Kommunen werden Angebote der Schuldnerberatung bedarfsgerecht finanziert. Die Schuldnerberatungen sind insbesondere für von Armut bedrohte und verschuldete Menschen ein wichtiges Angebot. Sie leisten frühzeitige Hilfe bei drohender Armut und zeigen stark verschuldeten Menschen einen Ausweg aus der Schuldenspirale und leisten damit ihren Beitrag zur Armutsprävention. Ebenso leistet die Verbraucherzentrale Hessen hierbei seit Jahren eine gute, fachlich fundierte Arbeit.
 - Um Armut im Alter präventiv zu begegnen, unterstützt der Landtag die Initiative aus Hessen, mit einer Deutschland-Rente die 3. Säule der Altersvorsorge künftig deutlich breiter aufzustellen. Das Deutschland-Renten-Modell bietet hierbei einen überzeugenden Ansatz, um die Weiterentwicklung der Altersvorsorge zu forcieren und dadurch Armut im Alter von ehemals Beschäftigten zu begegnen. Auch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Karriere und des Aufstiegs von Frauen in Führungspositionen im Hessischen Gleichberechtigungsgesetz soll präventiv insbesondere die weibliche Altersarmut verringern.

4. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Landessozialberichterstattung zu einem Instrument der Bedarfs- und Wirkungsanalyse der sozialen Situation in Hessen auszubauen. Sie soll zukünftig Handlungsempfehlungen an die Politik ableiten. Ein besonderer Schwerpunkt soll die Bekämpfung von Kinderarmut sein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. Oktober 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn